

EINLADUNG

11. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.09.2022, 17:30 Uhr
Raum, Ort:	Minna-Cauer-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften
- 3 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 4 Havelchaussee II – Durchgangsverkehr beenden **0052/6**
Fraktion DIE LINKE
- 5 "Rechts vor links" in der Trautenaustraße **0075/6**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Inkl. Änderungsantrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- 6 Verzögerung der Radschnellverbindung "Ost-West-Route": jetzt als **0103/6**
Pop-Up-Radweg umsetzen!
Fraktion DIE LINKE
- 7 Rudolf-Wissell-Brücke für alle – Rad- und Fußverkehr mitdenken! **0130/6**
Fraktion DIE LINKE
- 8 Spreeuferweg barrierefrei **2048/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Den Spreeweg als Grünen Hauptweg Nummer 1 erhalten **0157/6**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 10 Erhalt des naturnahen Spree-Rad- und Wanderwegs für alle **0174/6**
sicherstellen!
CDU-Fraktion
- 11 City West endlich sicherer machen! **0158/6**
SPD-Fraktion

- | | | |
|----|---|---------------|
| 12 | Das Angebot der Wochenmärkte gemeinsam weiterentwickeln
CDU-Fraktion | 0159/6 |
| 13 | Dächer von Bushaltestellen bepflanzen
FDP-Fraktion | 0163/6 |
| 14 | Radfahren ohne Schütteltrauma!
CDU-Fraktion | 0167/6 |
| 15 | Digitalisierung der Parkraumüberwachung
SPD-Fraktion | 0181/6 |
| 16 | Karl-August-Kiez retten
FDP-Fraktion | 0183/6 |
| 17 | Stadtgrün für alle statt Asphalt - KFZ-Stellfläche entsiegeln
Fraktion DIE LINKE | 0185/6 |
| 18 | Verschiedenes | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Holger Wuttig
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0052/6

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

BVV

Havelchaussee II – Durchgangsverkehr beenden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, auf einem Teilabschnitt der Havelchaussee ein Durchfahrtsverbot für den motorisierten Individualverkehr anzuordnen.

Dieser Teilabschnitt soll zwischen dem Grunewaldturm und nördlich des Parkplatzes an der Lieper Bucht angeordnet werden, jeweils mittels der Vorschriftzeichen 260 (Verbot für Kraftfahrzeuge und Krafträder) und dem Zusatzzeichen 1026-32 (Linienverkehr frei). Zusätzlich ist jeweils an der Einmündung Havelchaussee/Am Postfenn und am Übergang Kronprinzessinnenweg zur Havelchaussee das Richtzeichen 357-50 (Für Radverkehr und Fußgänger durchlässige Sackgasse) und das Zusatzzeichen 1026-32 (Linienverkehr frei) einzurichten.

Die für die Umsetzung notwendige Entlassung aus dem Hauptverkehrsstraßennetz soll das Bezirksamt in Abstimmung mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf bei der zuständigen Senatsverwaltung beantragen.

Nach Umsetzung der Anordnung soll das Bezirksamt gegenüber der Polizei darauf hinwirken, dass diese in regelmäßigen Abständen und möglichst zu den Hauptverkehrszeiten Schwerpunktkontrollen des Durchfahrtsverbots durchführt.

Darüber hinaus soll das Bezirksamt die Anordnung des Durchfahrtsverbots nach 12 Monaten evaluieren und der BVV einen Bericht vorlegen. Die Evaluierung soll möglichst in Abstimmung mit den Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Spandau erfolgen. Zu prüfen ist dabei, wie bspw. durch Vororterhebungen eine belastbare Datengrundlage über die Einhaltung des Durchfahrtsverbots entstehen kann. Sollten trotz des Durchfahrtsverbots regelmäßig Regelverstöße zu verzeichnen sein, sind weitere Maßnahmen (wie bspw. die Einrichtung von elektronischen Pollern oder Schranken) zu ergreifen.

Der bezirkliche Mobilitäts-Rat und die in ihm vertretenen Initiativen und Verbände sowie die Initiator:innen der Online-Petition „Macht die Havelchaussee zur Fahrradstraße!“ sind bei allen Planungen und der Durchführung sowie der Evaluierung zu beteiligen.

Das Bezirksamt wird weiterhin gebeten, sich bei der BVG und beim Aufgabenträger dafür einzusetzen, dass das Busangebot enger getaktet und auf die Abendstunden ausgedehnt wird.

Der BVV ist bis zum 30.04.2022 zu berichten.

Begründung:

In ihrer Sitzung am 19.11.2020 hat die BVV die Umwandlung der Havelchaussee zur sicheren Fahrradstraße beschlossen (DS 1583/5). Bis heute hat das Bezirksamt keine Vorlage zur Kenntnisnahme vorgelegt. Um die Nutzung der Ausflugstraße als Durchfahrt bzw. Umgehung zur Autobahn zu unterbinden und die Sicherheit für den Radverkehr schnellstmöglich und ohne komplizierte bauliche Maßnahmen herzustellen, soll ein Durchfahrtsverbot für den motorisierten Individualverkehr angeordnet werden. Die Durchfahrt soll auf dem Teilabschnitt zwischen Grunewaldturm und Lieper Bucht eingerichtet und eine Nutzung als Durchfahrtsstraße damit unterbunden werden. Sportler:innen, Gastronom:innen und Gewerbetreibenden sowie Besucher:innen der Ausflugslokale wird der Zugang zu den jeweiligen Einrichtungen durch die Sperrung für den Durchgangsverkehr nicht verwehrt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Zimmer

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0075/6

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

"Rechts vor links" in der Trautenaustraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in der Trautenaustraße das Verkehrszeichen 301, welches den Verkehrsteilnehmenden in der Trautenaustraße Vorfahrt gegenüber den einmündenden Straßen Nassauische Straße und Landhausstraße gewährt, zu entfernen. Stattdessen soll hier, wie gemäß §45 Absatz 1c Satz 4 StVO grundsätzlich für eine Straße innerhalb einer Tempo 30-Zone vorgesehen, die Vorfahrtsregel „Rechts-vor-links“ angeordnet werden.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Durch die in der Trautenaustraße geltende Vorfahrt kommt es immer wieder zu Geschwindigkeitsüberschreitungen von Verkehrsteilnehmenden, da diese nicht wie in einer Tempo 30-Zone üblich, an von rechts einmündenden Straßen ihre Geschwindigkeit reduzieren müssen, um von rechts kommenden Verkehrsteilnehmenden Vorfahrt zu gewähren. Die aktuellen Vorfahrtsschilder sind noch ein Relikt aus Zeiten, als hier bis 2004 die Buslinien 115 entlangfuhr und somit eine Vorfahrt gemäß § 45 XI Nr. 3b VwV-StVO für die Belange des Buslinienverkehrs gerechtfertigt war. Da dieser Rechtfertigungsgrund inzwischen weggefallen ist, wird das Bezirksamt mit diesem Antrag aufgefordert, die grundsätzlich für die Tempo 30-Zone vorgesehene Vorfahrtsregel „Rechts-vor-links“ wieder anzuordnen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0103/6

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

BVV

Verzögerung der Radschnellverbindung "Ost-West-Route": jetzt als Pop-Up-Radweg umsetzen!

Das Bezirksamt möge sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass die geplante Radschnellverbindung "Ost-West-Route" auf den Abschnitten im Bezirk (Heerstraße, Kaiserdamm, Bismarckstraße, Ernst-Reuter-Platz) schnellstmöglich als temporärer Pop-Up-Radweg bis zum endgültigen Baubeginn umgesetzt wird. Für den durchgehenden Pop-Up-Radweg soll eine der Autospuren Verwendung finden sowie mit Markierungen und Barken gekennzeichnet und gesichert werden.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.

Begründung:

Laut Ankündigung der landeseigene Radplanungsgesellschaft Infravelo ist der Baubeginn für die Radschnellverbindung "Ost-West-Route" durch Berlin erst für 2026 geplant. Erst in acht Jahren soll sie Stand heute fertig werden. So lange kann die Verkehrswende in der Stadt nicht warten. Bereits jetzt muss aber die Infrastruktur für die zunehmende Zahl an Pendler:innen mit dem Fahrrad bereitgestellt werden, wenn der Umstieg auf klimaneutrale Fortbewegungsarten attraktiv und Fahrradfahren sicherer werden soll.

Dem erneut verzögerten Baubeginn der wichtigen Ost-West-Achse für Pendler:innen kann am besten mit einer schnellen und kostengünstigen Ausweisung einer Autospur entlang der Heerstraße, Kaiserdamm, Bismarckstraße sowie Ernst-Reuter-Platz als Pop-Up-Radweg begegnet werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0130/6

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

BVV

Rudolf-Wissell-Brücke für alle – Rad- und Fußverkehr mitdenken!

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass beim Neubau der Rudolf-Wissell-Brücke eine Radverkehrsanlage sowie ein Fußweg in beide Richtungen mitgeplant und umgesetzt wird, beispielsweise in Form einer hängenden Vorrichtung.

Sollte diese nicht umsetzbar sein, soll für den notwendigen Unterbau zumindest die Vorrüstung für eine nachträgliche Umsetzung eines hängenden Rad- und Fußwegs geplant werden.

Darüber hinaus möge sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass die Rudolf-Wissell-Brücke an die geplanten Radschnellverbindungen der GB infraVelo GmbH angeschlossen wird, um eine Verbindung zwischen den derzeit geplanten Routen herzustellen.

Der BVV ist zum 31.07.2022 zu berichten.

Begründung:

Die bisherige Planung für den Neubau der Rudolf-Wissell-Brücke sieht ausschließlich Platz für den Autoverkehr vor. Planungen für die Integration des Fuß- und Radverkehrs liegen nicht vor, obwohl bereits Verbände und Initiativen dringende Nachbesserungen fordern und sich auch die BVV Reinickendorf für die Integration aller Verkehrsarten in die Neubauplanungen ausgesprochen hat (vgl. Drucksache 2769/XX, BVV Reinickendorf). Vorplanungen des ADFC liegen hierzu ebenfalls vor. Die Planung und Umsetzung der Brücke für alle Verkehrsteilnehmer:innen ist dringend geboten, da sonst an dieser Stelle keine Quermöglichkeit für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen für die nächsten Jahrzehnte besteht. Auch die wichtigen geplanten Radschnellrouten der GB infraVelo GmbH von Spandau in den Osten der Stadt bleiben sonst ohne sinnvolle Verbindung untereinander. Ein so wichtiger Neubau für die gesamte Stadt muss unbedingt den aktuellen Anforderungen an Mobilität gerecht werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/ Wapler/ Gusy

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 2048/5

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Spreeuferweg barrierefrei

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der Neugestaltung durch die Infravelo für einen barrierefreien Zugang von der Röntgenbrücke zum Spreeuferweg einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 28.2. 2022 zu berichten.

Begründung:

Bisher gibt es nur eine Treppe, die für Menschen, die mobilitätsbeeinträchtigt sind, eine Barriere darstellt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Drews/Centgraf

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0157/6

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Den Spreeweg als Grünen Hauptweg Nummer 1 erhalten

Die BVV möge beschließen:

Die BVV unterstützt das Bezirksamt mit seiner Initiative im Beteiligungsverfahren, das Vorhaben einer Fahrradvorrangroute am Spreeweg zu streichen. Am Charakter des Spreewegs als Flaniermeile im Sinne des hier ausgewiesenen Grünen Hauptwegs Nr. 1 in Berlin soll festgehalten werden, der Weg mit seiner unmittelbaren Umgebung ist bereits teilweise als Grünanlage gewidmet.

Bei der Planung muss auf verschiedene Bedürfnisse von Menschen, die Ruhe und Erholung suchen, Rücksicht genommen werden. Der Pfad muss in dieser Hinsicht an einigen Stellen verbreitert und ertüchtigt werden, um auch Kindern mit Laufrädern, Familien mit Kinderwagen oder Personen im Rollstuhl eine Nutzung zu ermöglichen, sowie langsames Radfahren zu erlauben.

Als alternative schnelle Radwegeverbindung unterstützt die BVV den Vorschlag des Bezirksamts, die Radvorrangroute am Spandauer Damm vom Luisenplatz über den Wiesendamm mit Anschluss an die von dort geplante Fortsetzung des Spreewegs über Spree und Havel nach Spandau vorzusehen.

Der BVV ist bis zum 30.11.2022 zu berichten.

Begründung:

Der Spreeweg oder Spreepfad, der durch unseren Bezirk vom Schlosspark bis zum Wiesendamm führt, ist Teil des vom Senat vor rund 15 Jahren beschlossenen und ausgewiesenen Netzes der „20 Grünen Hauptwege Berlin“. Weil dieser Hauptweg insgesamt längs der Spree führt, hat er für das Gesamtbild der Stadt eine prägende Bedeutung.

Die Grünen Hauptwege sind ausdrücklich als Flanierwege zur Erholung, zum Wandern, Schauen und Verweilen, ohne Belästigung durch den motorisierten Verkehr. Er ist selbstverständlich neben Fußgängern auch für Radfahrende offen, allerdings auch hier im Sinne einer „Flaniermeile“. Dabei muss beachtet werden, dass ein zu großer Ausbau die in Teilen naturnahe, aus Sicht des Artenschutzes wertvolle und landschaftlich besonders reizvolle Wegeführung stark beeinträchtigen würde.

Eine Fahrradvorrangroute am Spandauer Damm bis hin zum Wiesendamm ist für eine zügige Fortbewegung von Radler*innen die in diesem Fall nicht nur kürzere, sondern vor allem bessere Lösung. Wenn wir in Berlin in den kommenden Jahren im Verkehr glaubwürdigen Klimaschutz betreiben wollen, müssen wir den motorisierten Verkehr in der Stadt deutlich reduzieren und unter anderem durch überzeugende Angebote für das Fahrrad ersetzen. Auch und gerade deshalb überzeugt diese Routenführung vom Luisenplatz bis in die Spandauer Altstadt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Zels/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0174/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Erhalt des naturnahen Spree-Rad- und Wanderwegs für alle sicherstellen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz dafür einzusetzen, den Spree-Rad- und Wanderweg nicht zu einer Fahrradvorrangroute auszubauen. Stattdessen soll eine alternative Vorrangroute gefunden werden, welche die Eingriffe in die Stadtnatur auf ein Minimum begrenzt.

Der BVV ist bis 31.08.2022 zu berichten.

Begründung:

Den in seiner jetzigen Form bestehenden Spree-Rad- und Wanderweg gilt es mit Blick auf die naturnahe Erholung zu sichern. Flächenversiegelung, der Eingriff in ufernahe Biotope sowie die Verdrängung von Kleingartenparzellen würden den einmaligen Charakter des Wanderweges unwiederbringlich zerstören.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0158/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

City West endlich sicherer machen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zusammen mit den zuständigen Senatsverwaltungen und den betroffenen Akteuren kurzfristig ein dauerhaftes und stadtverträgliches Verkehrs- und Sicherheitskonzept für den Breitscheidplatz und die umliegenden Straßen zu erarbeiten.

Dabei sollen zum einen die Verkehrsströme so umgelenkt werden, dass der Großteil des Durchgangsverkehrs nicht durch das Gebiet geführt wird und zum anderen die bestehenden Beschlüsse der BVV berücksichtigt werden.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Stückler/Sandvoß

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0159/6

Beratungsfolge:
<i>Datum</i> <i>Gremium</i>
BVV

Das Angebot der Wochenmärkte gemeinsam weiterentwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, eine Markt-Analyse zu den Angeboten der bezirklichen Wochenmärkte unter Einbeziehung der Händler/innen und Anwohnenden in Auftrag zu geben und die Umfrageergebnisse beispielsweise bei einem Runden Tisch „Wochenmärkte“ mit den Betreiberinnen/Betreibern, den Anwohnerinnen und Anwohnern, beginnend mit den strukturschwächsten Märkten im Bezirk, sowie der bezirklichen Marktverwaltung zu diskutieren und daraus Maßnahmen abzuleiten.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Wochenmärkte sind Orte der Begegnung und sollen durch ein kundenorientiertes, nachhaltiges und regionales Angebot wieder attraktiver für Bestandskundinnen und –kunden sowie für potenzielle neue Kunden werden. Hierzu ist eine Bedarfsabfrage sinnvoll.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0163/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Dächer von Bushaltestellen bepflanzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat von Berlin und der BVG zu prüfen, ob die Dächer von Bushaltestellen bepflanzt werden können. Auch die Flachdachflächen von Kiosken können in die Untersuchung mit einbezogen werden.

Begründung:

Die Flachdachflächen der Bushaltestellen und Kioske sind ein geeigneter Ort, um durch Bepflanzung lokalen Hitzeinseln entgegen zu wirken, Bienen & Co. neue Blühflächen anzubieten und dem Alltagsgrau der Großstadt entgegen zu wirken.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0167/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Radfahren ohne Schütteltrauma!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Radwege der Kreuzungsbereiche Hohenzollern-
damm zu erneuern bzw. so herzustellen, dass ein Queren ohne Gefahr möglich ist. Im
Zuge dessen ist zu prüfen, ob die Radwege Hohenzollerndamm ebenfalls saniert wer-
den können.

Der BVV ist bis 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Fast in allen Kreuzungsbereichen sind die roten Anstriche in einem so schlechten Zu-
stand (aufgebrochen, tiefe Rillen), dass eine erhebliche Unfallgefahr besteht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Murach

TOP-Nr.:**Antrag****DS-Nr: 0181/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Digitalisierung der Parkraumüberwachung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, anlässlich der anstehenden Erweiterung der Parkraumbewirtschaftungsgebiete die Überwachung des Parkraumes auf Grundlage einer Kennzeichenerfassung zu digitalisieren. Dies soll u. a. durch den Ersatz der „Fuß-Patrouillen“ von Ordnungsamtsmitarbeiter*innen durch Scancars erfolgen, so wie es in holländischen Städten bereits erfolgreich praktiziert wird. Die Digitalisierung soll zusammen mit dem Bezirk Mitte und der Senatsverwaltung umgesetzt werden.

In einer ersten Stufe sind die rechtlichen Spielräume einer digitalen Parkraumüberwachung nach deutschem Recht zu nutzen, so wie sie im Rechtsgutachten „Becker Büttner Held“ im Auftrag der Agora Verkehrswende herausgearbeitet wurde*. So muss vorerst bei der automatischen Erfassung der Falsch- und Schwarzparkenden durch Scancars noch ein/e behördliche/r Mitarbeiter*in Vorort sein.

Weiterhin wird das Bezirksamt aufgefordert, sich beim Senat über den Rat der Bürgermeister für Initiativen des Landes Berlin in der Verkehrsministerkonferenz und im Bundesrat dafür einzusetzen, das Straßenverkehrsrecht dahingehend zu reformieren, dass auch die Datenübermittlung an die Bußgeldstellen automatisiert werden kann. Dies ist so auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen.

In diesem Sinne wird das Bezirksamt aufgefordert, auch bei der Mitarbeit im Deutschen Städtetag für eine beschleunigte Anpassung der rechtlichen Voraussetzung zu werben.

Weiterhin ist die Teilnahme an einem Projekt des EU-Forschungsrahmenprogramms mit unserer Partnerstadt Amsterdam und weiteren deutschen Städten und Bezirken zu prüfen, mit der ein Erfahrungsaustausch, eine professionelle Bürger*innenbeteiligung und eine Unterstützung der Anschaffung des technischen Equipments bis zu 80 % mitfinanziert werden könnte.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Überwachung der Parkraumbewirtschaftung erfolgt in unserem Bezirk noch „steinzeitlich“ und innovationsfeindlich auf dem technischen Stand der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Beim Einsatz einer Scancar könnte die Überprüfung der Parkenden auf Schwarz- und Falschparker*innen von 200 pro Tag auf 3000 pro Stunde erhöht werden. Für die Modernisierung sind allein die Bezirke zuständig, wobei hierfür seitens des Senats Finanzmittel und personelle Unterstützung zur Verfügung stehen. Erinnerung sei daran, dass eine erste Modernisierung der Parkraumbewirtschaftung (die Einführung des Handy-Parkens) durch eine Teilnahme unseres Bezirks am EU-Programm CIVITAS TELLUS (Forschungsrahmenprogramm, damals mit Rotterdam als „Lead Partner“) in Kombination mit einer Bundesratsinitiative realisiert werden konnte.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0183/6

Beratungsfolge:
<i>Datum</i> <i>Gremium</i>
BVV

Karl-August-Kiez retten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Pläne zur Umgestaltung des Kiezes rund um den Karl-August-Platz nicht wie vorgesehen umzusetzen. Bei einer möglichen Neugestaltung sind die Belange aller Anwohner, Verkehrsteilnehmer und Gewerbetreibenden und der Umwelt zu berücksichtigen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Kiezumgestaltung berücksichtigt nicht ausreichend die Interessen von Anwohnern, Verkehrsteilnehmern, Gewerbetreibenden oder auch der Umwelt. In einem Gebiet, wo der Parkdruck sowieso schon sehr hoch und Falschparken an der Tagesordnung ist, ist es fahrlässig, zusätzlich einen großen Teil der Parkplätze zu streichen. Nicht nur steigt der unnötige Parksuchverkehr dadurch stark an, es führt zudem zu einer noch höheren Zahl an gefährlichen Falschparkern. Es wurde bezeichnenderweise vom Bezirksamt explizit geäußert, dass eine flankierende verstärkte Kontrolle gegen Falschparker nicht möglich sei. Zudem zwingt das Konzept mit blauäugigen Abbiegevorschriften den Verkehr zu großen Umwegen, die Zeit kosten und für Anwohner eine Belastung sind. Hinzukommt eine Versiegelung der Krumme Straße, mit der aus einer verkehrsberuhigten Zone eine Tempo 30 wird, was dem Ansinnen einer Verkehrsberuhigung deutlich widerspricht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
 Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
 6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0185/6

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

BVV

Stadtgrün für alle statt Asphalt - KFZ-Stellfläche entsiegeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, im Zuge der schrittweisen Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung eine gleichzeitige Entsiegelung und Nutzungsumwidmung bestehender, öffentlicher KFZ-Stellflächen zu prüfen. Diese soll zunächst in Planungsräumen (LOR) erfolgen, die mit besonders wenig Grünflächen und öffentlich nutzbaren Flächen ausgestattet sind. Geeignete öffentliche KFZ-Stellplätze sollen identifiziert und Potentiale für eine Entsiegelung und Umwidmung der Nutzung benannt werden. Die entsprechenden Konzepte für mehr Stadtgrün und die Errichtung von Räumen des sozialen Miteinanders (Nutzung für Sport, Kiezküchen, Sitzmöbel, Kiezgärten usw.) sind durch das Beteiligungsbüro gemeinsam mit der Nachbarschaft, aktiven Bürger:inneninitiativen und in der jeweiligen Umgebung ansässigen Organisationen/Projekten/Stadtteil- und Jugendzentren, etc. zu erarbeiten.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Das Parken im gesamten Bezirk kostenpflichtig zu machen, ist ein erster Schritt, den selbstverständlich hingenommenen Flächenverbrauch des Autos zu reduzieren. Noch immer nimmt das Auto in der Stadt 60 Prozent des öffentlichen Raums ein und steht dabei über 95 Prozent der Zeit still. Zum Parken braucht ein Pkw 10-mal mehr Platz als ein Fahrrad (15 statt 1,4 m²). Der öffentliche Raum darf nicht weiter als Abstellfläche von Autos dienen, sondern muss für die Nachbarschaften und mehr Stadtnatur nutzbar werden. Nur wenn wir den Flächenverbrauch des Autos und damit seine Nutzung in der Stadt weiter zurückdrängen, KfZ-Stellplätze entsiegeln und mehr Grünflächen und Begegnungsräume schaffen, werden wir einen spürbaren Effekt für den Klimaschutz und für lebenswerte Städte erhalten.